Landeshauptstadt Hannover - 61.41 - Datum 13.01.2004

Einladung

zur **9. Sitzung der Kommission Sanierung Limmer**
am Montag, den **26. Januar 2004**, um **19.00 Uhr**,
im Gemeindesaal der St. Nikolaikirche
Sackmannstr.27, 30453 Hannover

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung am 03.11.2003

3. Wunstorfer Straße 18 (ehemaliger Uniparkplatz)
Projektskizze zur Nachnutzung
Information der Verwaltung

4. Antrag von Herrn Grube zur Regelung von Verfahrensfragen:
Abstimmungen
(Drucks. Nr. 0072/2004)

5. Antrag von Herrn Grube zur Regelung von Verfahrensfragen:
Niederschrift/Protokoll
(Drucks. Nr. 0073/2004)

6. Antrag von Herrn Grube zur Regelung von Verfahrensfragen:
Beschlussdrucksachen
(Drucks. Nr. 0074/2004)

7. Wasserstadt Limmer
Information der Verwaltung

8. Anwohnerversammlung Plangebiet 7
Bericht der Verwaltung

9. Straßenumbau Große Straße und Twedenweg
Sachstandsbericht der Verwaltung

10. Verschiedenes
10.1. Informationen über Bauleitplanung

S c h m a l s t i e g
Oberbürgermeister

Herr Grube

(Antrag Nr. 0072/2004)

Antrag von Herrn Grube zur Regelung von Verfahrensfragen, Abstimmungen

Antrag zur Regelung von Verfahrensfragen

- Abstimmungen

Die Kommission beschließt folgende (neue) Regelung:

Bei Abstimmungen werden zukünftig grundsätzlich auch Nein – Stimmen und Enthaltungen abgefragt und in den Protokollen dokumentiert.

Begründung:

Bei der überschaubaren Teilnehmerzahl der Kommission Sanierung Limmer ist es nicht verständlich warum Nein–Stimmen und Enthaltungen nicht abgefragt werden.
Die Erfassung und Dokumentation dieser Stimmen sollte zur Transparenz der Diskussion und Entscheidungsfindung gegenüber von Außenstehenden dienen.
Die “gängige Praxis” nach einer Zustimmung zu fragen und so Nein–Stimmen und Enthaltungen nicht zu würdigen, ist in Gremien mit einer großen Teilnehmerzahl und bei deutlichen Mehrheiten zur Vermeidung von ungerechtfertigtem Aufwand und zur Beschleunigung des Sitzungsverlaufs sinnvoll, in einer Kommission dieser Größe aber nicht.

Rainer – Jörg Grube

Hannover / 13.01.2004

Herr Grube

(Antrag Nr. 0073/2004)

Antrag von Herrn Grube zur Regelung von Verfahrensfragen, Niederschrift/Protokoll

Antrag zur Regelung von Verfahrensfragen

- Niederschrift / Protokoll

Die Kommission beschließt folgende (neue) Regelung:

In den Niederschriften/Protokollen wird zukünftig der Sachverhalt der behandelten Punkte genauer dargestellt. – Aus der Darstellung sollen die in den Sitzungen diskutierten Kontroversen sowie das Abstimmungsverhältnis (nebst Gegenstimmen und Enthaltungen) hervorgehen .

Begründung

Niederschriften/Protokolle dienen der Ergebnissicherung und sollen Abwesenden oder Unbeteiligten die Möglichkeit geben, den verhandelten Sachverhalt nachzuvollziehen. – Dies gilt ebenso für Gremien (wie Stadtbezirksrat und Bauausschuß) die sich nachfolgend mit den Themen beschäftigen.
Auch wenn mit der (bisherigen) Kurzfassung der Protokolle der Aufwand der Verwaltung gering gehalten werden soll, muß erwartet werden können, daß zumindest diskutierte Sachverhalte wenigstens in (z.B.) Spiegelstrichen dargestellt werden.
Eine Zusammenfassung wie “nach ausführlicher kontroverser Diskussion wurde dem Antrag mehrheitlich zugestimmt” reicht zur Information Außenstehender über die verschiedenen inhaltlichen Aspekte und Aussagen ausdrücklich nicht aus! – Dies gilt ebenso wenn Nein-Stimmen und/oder Enthaltungen nicht genannt werden.

Rainer – Jörg Grube

Hannover / 13.01.2004

Herr Grube

(Antrag Nr. 0074/2004)

Antrag von Herrn Grube zur Regelung von Verfahrensfragen, Beschlussdrucksachen

Antrag zur Regelung von Verfahrensfragen

- Beschlußdrucksachen

Die Kommission beschließt folgende (neue) Regelung:

Werden der Kommission Beschlußdrucksachen vorgelegt die Blöcke oder Plangebiete betreffen in denen Einwohner von den vorgeschlagenen Änderungen betroffen sein könnten, wird zukünftig eine vorherige Anwohner- oder Blockversammlung sichergestellt und so die Möglichkeit einer Teilhabe ermöglicht. – Das Ergebnis dieser Versammlung wird der Kommission vor einer erwünschten Beschlußfassung vorgelegt.

Begründung

Sanierung soll sich nicht gegen die bisher im Gebiet wohnende Bevölkerung richten. – Um eine demokratische Teilhabe zu ermöglichen, müssen
die Bewohner/innen die Gelegenheit haben, sich frühzeitig und vor eventuell in Gremien gefaßten Beschlüssen über den Sachverhalt zu informieren und ggf. ihre Wünsche oder Bedenken zu äußern.
Dabei können Eigentümerversammlungen allein, die Notwendigkeit von Bewohner-versammlungen nicht ersetzen. – Eigentümer sind zwar wichtige “Partner” bei geplanten Maßnahmen und letztlich oft die (zu überzeugenden) Investoren, allerdings nur ein geringer Teil (i.d.R. weniger als 10%) der dann später Betroffenen. Die große Mehrheit der Mieter/innen muß aber ebenfalls Gehör finden.

Rainer – Jörg Grube

Hannover / 13.01.2004

Ratsherr Seidel

(Antrag Nr. 0234/2004)

Antrag des Ratsherrn Seidel zur Regelung von Verfahrensfragen, hier: Sitzungsdauer

Antrag,
zur Regelung von Verfahrensfragen

Sitzungsdauer

Die Kommission möge folgende Reglung beschließen:

Grundsätzlich enden die Sitzungen der Sanierungskommission spätestens um 22:00 Uhr. Tagesordnungspunkte, die nicht mehr in den Zeitrahmen passen, werden rechtzeitig auf den nächsten Sitzungstermin verschoben oder ggf. vorgezogen, diesbezüglich findet eine Abstimmung gegen 21:30 Uhr statt.

Begründung
Bei einer überschaubaren Tagesordnung und der relativ geringen Anzahl an Mitgliedern steht bei einem Sitzungsbeginn von 19:00 Uhr ausreichend Zeit zur Beratung der Tagesordnungspunkte zur Verfügung. Die "gängige Praxis", ein Sitzungsende bei 22:00 Uhr festzulegen, sollte gerade auch in Rücksichtnahme auf berufstätige Mitglieder und die Besetzung der Kommission auch mit Bürgervertretern eingehalten werden.

Jens Seidel

Hannover / 26.01.2004